Österreich / oe24.at - Media





Einstellungsgefahr

"Wiener Zeitung" droht das Aus



Andreas Unterberger, Chefredakteur der Wiener Zeitung. (c) APA/Florian Unterberger Wien, 23. Juni 2007 Wenn das EU-Urteil kommt, ist die "Wiener Zeitung" von der Einstellung bedroht.

Meinung posten

Nach wie vor sorgen die amtlichen Pflichtveröffentlichungen in der "Wiener Zeitung" für Zündstoff. Nun hängt über dem offiziellen Blatt der Republik Österreich deswegen sogar das Damoklesschwert eines EU-Verfahrens. Denn ein von der Presse gegen die "Wiener Zeitung" angestrengtes Verfahren könnte demnächst an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) weitergeleitet werden.

Knackt die EU das Monopol der Wiener Zeitung auf die Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen, könnte das für die "Wiener Zeitung" das Ende bedeuten. Dem Blatt wäre nämlich seine wichtigste Existenzgrundlage entzogen – und dann droht die Einstellung. In der von der SPÖ dominierten Bundesregierung soll es für diesen Fall eine starke Präferenz für die Einstellungs-Variante geben. Zuletzt schoss sich die SPÖ schon massiv auf Chefredakteur Andreas Unterberger ein.

Aufsichtsrat neu besetzt

Schon demnächst kommt es zu einer Veränderung im Aufsichtsrat der Tageszeitung. Kanzler Alfred Gusenbauer lässt die zwei vom Bundeskanzleramt entsandten Vertreter durch SPÖ-nahe Mitglieder ersetzen. Christian Pöttler, Geschäftsführer der Wiener Verlagsgruppe Echo Medienhaus, und Rudolf Bohmann, Vorsitzender des Bohmann Verlages, ziehen neu in das Gremium ein. Sie ersetzen Nikola Donig, Pressesprecher von ÖVP-Vizekanzler Wilhelm Molterer, sowie Ingrid Nemec, Pressesprecherin von VP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein.

SPÖ stärkt Position

Diese Personalrochade wird als erstes Anzeichen dafür gewertet, dass die SPÖ ihren Einfluss bei der "Wiener Zeitung" stärken will. "Wir haben zwei anerkannte Experten aus dem Verlagswesen in den Aufsichtsrat entsandt, die eine neue Sichtweise in die "Wiener Zeitung" bringen sollen", erklärt Johannes Schnizer, Kabinettschef im Bundeskanzleramt im Gespräch mit ÖSTERREICH.

Schnizer wiederholt auch die Kritik an Unterberger: "Eine Leistung von ihm ist einzufordern."

Albert Sachs in ÖSTERREICH (23. Juni 2007)

Diskutieren Sie mit!

Meinung posten

In diesem Artikel gibt es 3 postings.

Gast:

(23.06.2007 12:56)

> Recht hat sie, die EU

Wenn ich als Unternehmer meinen Firmennamen wo sehen will, dann bezahle ich dafür, das nennt man Werbung bzw. PR.

Aber bitte nicht zwangsverurteilt.

antworten

Gast:

(24.06.2007 00:02)

> wr. zeitung

...wird dem gemeinen volk wohl kaum abgehen, denke ich...

antworten

Gast:

(24.06.2007 10:09)

> Einstellung?

Wer selbst unter dem Damoklesschwert sitzt sollte nicht mit Steinen werfen...